

Frankfurt/M. 2016, 544 S., 24,99 €. – Antoine Glaser: *Arrogant comme un Français en Afrique*. Fayard, Paris 2016, 192 S., 17 €. – Tobias Hagman/Filip Reyntjens (Hrsg.): *Aid and Authoritarianism in Africa. Development without Democracy*. Zed Books, London 2016, 204 S., \$ 39.95.



Andreas Eckert

ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität Berlin und Direktor des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs »Arbeit und Lebenslauf in globalhistorischer Perspektive.«

andreas.eckert@asa.hu-berlin.de

Kristina Volke

Kultur, mir grauts vor Dir!

Über Kulturbegriff und -politik der AfD

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt schaltete das Kunstmagazin *art* auf seiner Homepage unter der Überschrift »Kunst im Propaganda-Check« einen Artikel, in dem die Autoren »sechs der bekanntesten deutschen Kunstwerke aus den letzten Jahrzehnten« vorstellten. So sollte die im Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt postulierte Forderung, deutsche Kulturinstitutionen müssten einen positiven Deutschlandbezug fördern, an den Werken Hans Haackes, Jonathan Meeses, Lucas Cranachs und anderer Künstler durchexerziert werden. Das Ergebnis ist ausgesprochen amüsant, denn die Autoren geben bei all jenen Werken, die offensichtlich nicht ganz dem postulierten Ansinnen entsprechen konnten, Empfehlungen, wie die besprochenen Kunstwerke im Sinne der AfD abzuwandeln wären. Während Meeses performative Provokationen mit Hitlergruß und Reichsadlerstaffette nur als etwas zu vordergründig selbst für die AfD-Zensoren angesehen werden würden, empfiehlt man bei Haackes Installation, die auf die kaiserliche Inschrift »Dem Deutschen Volke« am Westgiebel des Reichstagsgebäudes mit der auf dem Boden liegenden Widmung »Der Bevölkerung« reagiert: »Gar nicht so schlecht, aber bei der Formulierung müsste man nachbessern. ›Bevölkerung‹ – das ist so unspezifisch. Da könnte ja jeder kommen. Ganz klar: Verdacht auf Durchmischung! Deutsch ist nur, wo auch deutsch drauf steht. Also: ›Dem Deutschen Volke‹, so wie die wunderschöne Inschrift von 1916 auf dem Westportal unseres Reichstags. Oder in seiner etwas zeitgemäßer Version: ›Wir sind das (deutsche) Volk!‹«

Angesichts der Wahlergebnisse, die nun eine erhebliche Anzahl von AfD-Politikern in die Ausschüsse der Parlamente befördern, kann das Lachen allerdings nur im Halse stecken bleiben. Denn was wäre, wenn wahr wird, was hier noch als Witz daherkommt?

Schon zwei Wochen vor der Freischaltung des Artikels hatte die Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt einen Appell veröffentlicht, in dem der als Verein agierende Zusammenschluss aller wichtigen Kulturinstitutionen des Landes aktiv vor der Wahl der

AfD gewarnt hatte. Kernpunkt der Befürchtungen war dabei das kulturpolitische Kapitel des Landesprogramms, das mit den Abschnitten »Pflege der deutschen Leitkultur«, »Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung!«, »Mehr Geld für Kultur!« und »Kleine Einrichtungen fördern!« vier Imperative in die Welt setzte, die trotz oder vielleicht sogar wegen ihrer Kürze und oberflächlichen Argumentation mehr als deutlich machten, dass die Kultur nach Meinung der AfD nur Mittel zum Zweck ist, um übergeordnete Ziele zu erreichen.

Tatsächlich wartet die AfD weder in Sachsen-Anhalt noch in anderen Ländern mit einem ausgefeilten kulturpolitischen Programm auf, von dem sich konkrete Ziele oder gar angestrebte Maßnahmen im Falle einer Regierungsbeteiligung ableiten würden. Vielmehr ist es der allen Programmen zugrundeliegende Sound, der vor allem durch Zuschreibungen von »unser«, »eigen« oder »fremd« entsteht, ohne dass deren Inhalte an irgendeiner Stelle näher beschrieben wären, in dem sich das eigentliche Kulturverständnis vage kristallisiert. Die AfD überzieht tatsächlich jedes Politikfeld mit Begriffen aus der Kultur: In der Familienpolitik geht es ihr etwa um die »Kultur des Lebens« (Wahlprogramm Baden-Württemberg: »Die AfD steht für eine Kultur des Lebens. Wir fordern, dass bei der Schwangerschaftskonfliktberatung geltendes Verfassungsrecht umgesetzt wird, damit das Ziel dieser Beratung Hilfe für die Schwangere statt Abtreibung ist.«) oder um »Willkommenskultur« (»Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung«, Wahlprogramm Sachsen-Anhalt), in der Wirtschaftspolitik um »Bleibekultur« (»Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gilt es, eine Startup- und Bleibekultur für Klein-, Mittelstands- und Großunternehmen zu schaffen, die Unternehmer, Investoren und Arbeitnehmer gleichermaßen überzeugt und begeistert«), in der Landwirtschaft um die »Kulturlandschaften«, ganz allgemein um »kulturelle Prägungen« oder das Negativszenario eines »kulturellen Ruins« (»Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine den Bürgern als »alternativlos« verkaufte Politik der Altparteien, die unser schönes Land in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.«, Präambel Wahlprogramm Baden-Württemberg).

Als Grund für diese Kulturlastigkeit kann man jedoch keine besondere Affinität zu den kulturellen Akteuren und Institutionen dieses Landes erkennen, sondern vielmehr eine – historisch äußerst belastete – Funktionalisierung von »Kultur« als diffuser Sammelbegriff für Werte und Ideale, denen sich die AfD verpflichtet fühlt, und die in ihrer Gesamtheit als Modell dafür herhalten sollen, was der Partei lieb und teuer ist und gegen alle Angriffe von außen verteidigt werden muss. Der verwendete Terminus ist dabei die »deutsche Leitkultur«, »die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern« (AfD-Grundsatzprogramm).

Folgerichtig findet sich im Teil »Kultur, Sprache und Identität« des Grundsatz-

programms auch ein eigenes Unterkapitel zum Islam. Zusammengefasst wäre dieser in etwa mit dem Satz: Der gute Deutsche ist Christ oder teilt zumindest die christlichen Werte, lebt als heterosexuell orientierter Mensch in staatlich legitimierten Familienverbänden und spricht akzentfrei Deutsch. Man könnte nun ironisch auf die öffentlich wahrnehmbaren Vertreter der AfD schauen, die diesem Bild selbst nicht lückenlos entsprechen. Dieser Spaß vergeht einem aber ob der Brisanz eines eitlen, von eigener kultureller Überlegenheit geprägten Selbstverständnisses. Dieses leugnet nicht nur die Vielgestaltigkeit gelebter Kultur in Deutschland, sondern auch – und dies gilt es mit Schärfe auszusprechen – die NS-Verbrechen, die auch von der »deutschen Kultur« bzw. unter vermeintlicher Legitimierung durch diese begangen wurden. Die AfD deklariert diese als völlig überholte Referenzen und Bezugspunkte für heutiges politisches Handeln: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst« (AfD-Grundsatzprogramm).

Vor diesem Hintergrund könnte die kulturpolitische Programmatik der AfD besonders interessant werden – denn hier müssten sich nun folgerichtig die konkreten, an der kulturellen Infrastruktur ausgerichteten strategischen Ansätze und Weichenstellungen finden, um diesen Kulturbegriff umzusetzen. Doch weit gefehlt. Im Grundsatzprogramm formuliert die AfD vier Themen, die – bewusst oder unbewusst – die klassischen Themen der Kulturpolitik außen vor lassen und ganz grundsätzlich neue Schwerpunkte setzen: die Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland als Kernelement der deutschen Kultur, die Reduktion öffentlicher Kulturförderung auf ein Minimum, die Quasiabschaffung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch Abschaffung der Staatsverträge und – bei weitem am ausführlichsten – der Umgang mit dem Islam inklusive Finanzierungsverbot von Moscheen und Verschleierungsverbot für Frauen, deren Durchsetzung offensichtlich als kulturpolitische Aufgabe verortet werden.

Klassische kulturpolitische Themen und Begrifflichkeiten fehlen hingegen so gut wie ganz. Erinnerungskultur wird im Grundsatzprogramm in einem Satz (siehe oben) abgehandelt, die einzelnen Gattungen oder Institutionen bleiben ganz außen vor, Themen wie Digitalisierung oder Kulturwirtschaft fehlen, kulturelle Bildung wird nicht erwähnt – außer man zählt das Bildungskapitel »Tugenden vermitteln!« Sachsen-Anhalts dazu (»Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.«). Überhaupt ist das Bildungskapitel der Ort, in dem in Sachsen-Anhalt die Kulturpolitik subsumiert wird. In anderen Landeswahlprogrammen wie etwa in Baden-Württemberg fehlt Kulturpolitik ganz.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, dies zu bewerten. Die einfachste wäre, dies mit politischer Unerfahrenheit und der Unkenntnis konkreter kulturpolitischer Themen abzutun, doch wäre das ob der Dominanz der kulturellen Begrifflichkeiten wohl vorschnell geurteilt. Schaut man etwa nach Dresden, einer Hochburg von Pegida und

AfD, liegt viel eher der Gedanke nahe, dass die AfD ein handfestes Problem mit den Museen und Bühnen und überhaupt den kulturellen Institutionen des Landes hat, denn sie sind ein Hort der kulturbürgerlichen Selbstfindung und Selbstbestimmung. Während in Dresden die Anhänger der Pegida demonstrieren, geht in der Semperoper aus Protest das Licht aus. Während die Unzufriedenen auf der Straße nach Alternativen schreien und die amtierenden Politiker an den Galgen wünschen, sieht man auf der Bühne des Schauspielhauses Volker Löschs Inszenierung »Graf Öderland« nach Max Frisch, »ein Stück, das den Aufstand der Konservativen unter einem charismatischen Führer zum Thema hat«, wie *DIE ZEIT* im November 2015 mit Blick auf die Parallelen zum aktuellen Stand in der sächsischen Landeshauptstadt berichtete. Nicht nur in Dresden, auch in Halle, Weimar, Erfurt, Rostock und vielen anderen Orten, in denen die AfD besonders erfolgreich ist – also vor allem in den neuen Ländern – sind es gerade die Institutionen der Hoch- und Breitenkultur, in denen gesellschaftliche Diskurse gesucht und geführt werden. Kultur ist hier ein Gesprächs- und Verhandlungsraum und eine alternative, streitbare Öffentlichkeit. Das war schon zu DDR-Zeiten so, nur dass die Kulturakteure aus anderen Gründen misstrauisch beäugt wurden und durch direkte politische Einflussnahme kontrolliert und funktionalisiert werden sollten. Die DDR-Funktionäre forderten zwar keine deutsche Leitkultur, aber eine sozialistische Kultur, die dem Staat dienen und ihm zu einem besseren Ansehen im In- und Ausland verhelfen sollte. Das Bürgerliche und mit ihm die Freiheit der Kunst waren verpönt und galten als hochnäsiger und elitär. Auch bei der AfD drängt sich das Gefühl auf, dass der größte Motor für die Sehnsucht nach einer »deutschen Leitkultur« die Weltsicht des kleinen Mannes ist, dem die Welt längst zu groß und kompliziert geworden ist und der deswegen nach einem autoritären Staat ruft, der die Dämonen mit der Knute bändigt. Kultur ist dafür ein gutes rhetorisches Mittel, denn es lässt sich beliebig positiv oder negativ aufladen und ist nicht an Zahlen oder Statistiken zu messen. Die Tatsache, dass in den Kulturausschüssen der Länder nun zahlreiche Politiker sitzen, die mit einem handfesten politischen Interesse an Kultur den diffusen Forderungen ihrer Partei nach eigener Auslegung Rechnung tragen wollen, muss einen das Fürchten lehren.



Kristina Volke

ist Kunst- und Kulturwissenschaftlerin. Neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als Kuratorin in der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages forscht und publiziert sie zu kulturpolitischen Fragestellungen. Zuletzt herausgegeben: *Intervention Kultur* (VS Verlag) und *Zukunft erfinden* (Ch. Links).

Johano Strasser

Kultur, Kultur...

Nehmen wir an, Sie befinden sich auf einer größeren Gesellschaft in München. Oder in Hamburg-Eppendorf oder Düsseldorf-Oberkassel oder – warum nicht? – in Berlin-Prenzlauer Berg. Plötzlich fällt irgendwo in Ihrer Nähe der Name eines bekannten